

Pressemitteilung

Große CO₂-Einsparungen durch einen europäischen CO₂-Mindestpreis möglich

Köln, 9. Januar 2017. Die Bundesregierung spricht sich in ihrem Klimaschutzplan für Maßnahmen zur Stärkung der Anreizwirkung im europäischen CO₂-Zertifikatehandel EU-ETS aus. Während der Verhandlungen um den Klimaschutzplan war zwischenzeitlich von einem CO₂-Mindestpreis die Rede. Auch andere europäische Länder, wie zum Beispiel Frankreich, diskutieren über die Einführung eines Mindestpreises für CO₂-Emissionen im Stromsektor.

Würde die EU in diesem Jahr einen CO₂-Mindestpreis einführen, könnte der Stromsektor im Zeitraum bis 2025 943 Millionen Tonnen CO₂ einsparen, was etwa den jährlichen Emissionen Deutschlands entspricht. Mehr als ein Viertel dieser Menge würde in Deutschland vermieden. Das zeigt eine aktuelle Studie des Forschungsinstituts ewi Energy Research & Scenarios (ewi ER&S).

Die Maßnahme würde vergleichsweise geringe volkswirtschaftliche Kosten verursachen. Im Zeitraum 2017 bis 2025 belaufen sich die Mehrkosten europaweit auf etwa 23 Milliarden Euro, was umgelegt auf jeden EU-Bürger etwa 5 Euro an jährlichen Zusatzkosten bedeutet. Jürgen Kruse, Mitautor der Studie erläutert: „Ein Mindestpreis auf CO₂ im Stromsektor würde einen zusätzlichen Beitrag zur Treibhausgasminderung im EU-ETS leisten. Die Maßnahme ist zudem kosteneffizient, das heißt keine andere Maßnahme vermeidet die entsprechende Menge an zusätzlichem CO₂ im Stromsektor zu geringeren Kosten. Ein Mindestpreis, der nicht die gesamte EU abdeckt, führt allerdings nur zu Emissionseinsparungen, wenn die Zertifikatsmenge im EU-ETS entsprechend reduziert wird.“

Die politische Durchsetzbarkeit des Instruments dürfte insgesamt schwierig sein, da ein Mindestpreis zu großen Umverteilungen zwischen Ländern in der EU, sowie Stromerzeugern und Endverbrauchern führt. Europäische Stromproduzenten, allen voran die Betreiber von Erneuerbaren Energien und Kernkraftwerken, können mit zusätzlichen Erlösen von circa 61 Milliarden Euro rechnen, wobei die Betreiber von Stein- und Braunkohlekraftwerken mit circa 24 Milliarden Euro belastet werden. Die europäischen Stromkonsumenten werden im Untersuchungszeitraum mit circa 170 Milliarden Euro belastet. „Allerdings könnten die Mehreinnahmen aus den Zertifikatserlösen in Höhe von etwa 86 Milliarden Euro, genau wie die Zusatzerlöse der Kraftwerksbetreiber zur teilweisen Kompensation der Belasteten verwendet werden“, so der Vorschlag des Studienautors Harald Hecking.

Die Ergebnisse im Überblick:

ewi ER&S veröffentlicht „Analyse eines EU-weiten Mindestpreises für CO₂“. Die Analyse beleuchtet für den Zeitraum 2017 bis 2025 die Auswirkungen auf den europäischen Strommarkt sowie dessen CO₂-Emissionen und ermittelt die Profiteure und Verlierer der Maßnahme. Die wesentlichen Ergebnisse der Studie sind:

- Ein CO₂-Mindestpreis vermeidet im untersuchten Zeitraum insgesamt 943 Millionen Tonnen an CO₂-Emissionen in der EU. Dies entspricht etwa den jährlichen Emissionen Deutschlands. Alleine in Deutschland reduziert sich der CO₂-Ausstoß um 249 Millionen Tonnen.
- Die Stromerzeugung aus Braun- und Steinkohle verringert sich in 2017 in der EU um 28% beziehungsweise um 20% in Deutschland und wird weitestgehend durch Erdgas ersetzt. Die jährliche Erdgasnachfrage in der EU steigt dadurch um bis zu 25 Milliarden Kubikmeter beziehungsweise 5,5%.
- Ein CO₂-Mindestpreis verursacht in der EU Mehrkosten in Höhe von etwa 23 Milliarden Euro, was umgelegt auf den Stromverbrauch 0,08 ct/kWh_{el} entspricht beziehungsweise etwa 5 Euro pro EU-Bürger pro Jahr. Davon betragen die Mehrkosten in Deutschland 1,5 Milliarden Euro beziehungsweise 0,03 ct/kWh_{el}.
- Ein CO₂-Mindestpreis erhöht den deutschen Stromgroßhandelspreis um 8-11 EUR/MWh.
- Die Europäischen Stromproduzenten, allen voran die Betreiber von Erneuerbaren Energien und Kernkraftwerken, können mit zusätzlichen Erlösen von circa 61 Milliarden Euro rechnen, wobei die Betreiber von Stein- und Braunkohlekraftwerken mit circa 24 Milliarden Euro belastet werden. Die europäischen Stromkonsumenten werden mit circa 170 Milliarden Euro belastet.
- Die Mehreinnahmen aus den Zertifikatserlösen in Höhe von etwa 87 Milliarden Euro könnten genau wie die Zusatzerlöse der Kraftwerksbetreiber zur teilweisen Kompensation der Mehrbelastung verwendet werden.
- Es handelt sich um ein technologieneutrales Instrument für eine kosteneffiziente Emissionsvermeidung, dessen Umsetzung unmittelbare Auswirkungen auf den Strommarkt sowie den CO₂-Ausstoß hätte.
- Ein europaweiter Mindestpreis ist gleichbedeutend mit einem Ersatz des EU-ETS durch eine CO₂-Steuer (vorausgesetzt, der Mindestpreis liegt oberhalb des Marktpreises für Zertifikate).

Zu Hintergrund und Methodik der Studie:

Die Studie betrachtet den technologieneutralen CO₂-Mindestpreis anhand einer Gegenüberstellung zweier Szenarien:

1. Ein EU-weiter CO₂-Mindestpreis der in der Höhe den französischen Vorschlägen entspricht; verglichen mit
2. einem Referenzszenario ohne CO₂-Mindestpreis.

Die Analyse basiert auf DIMENSION, dem europäischen Strommarktmodell von ewi ER&S.

Die Studie „Analyse eines EU-weiten Mindestpreises für CO₂“ steht [hier](#) zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Für redaktionelle Rückfragen:

ewi Energy Research & Scenarios gGmbH

Pressestelle

Tel.: +49 (0)221 - 27729 108

E-Mail: presse@ewi.research-scenarios.de

Über die ewi Energy Research & Scenarios gGmbH:

ewi Energy Research & Scenarios (ewi ER&S) ist eine gemeinnützige GmbH, die sich der anwendungsnahen Forschung in der Energieökonomik widmet und Forschungs- und Beratungsprojekte für Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft durchführt. Mit einem Team von circa 20 Wissenschaftlern und auf Basis moderner ökonomischer Methoden untersucht ewi ER&S Fragestellungen u.a. zu den deutschen und europäischen Märkten für Strom und Gas, zur Regulierung, zum Marktdesign, zur dezentralen Energieversorgung, sowie zur Treibhausgas-Minderung.
